

Interpellation

Annahme des regierungsrätlichen Gegenvorschlages zur kantonalen Kita-Initiative durch den Grossen Rat

In der Grossratssitzung vom 18. Oktober 2023 wurde der Gegenvorschlag der Basler Regierung mit den Änderungsanträgen der Bildungs- und Kulturkommission angenommen und in der Folge wird die Initiative «Kinderbetreuung für alle» (Gratis-Kitas für alle) vom Initiativkomitee zurückgezogen.

Auch der angenommene Gegenvorschlag wird einschneidende finanzielle Konsequenzen für die Gemeinde Riehen bereits ab August 2024 nach sich ziehen.

In diesem Zusammenhang bittet der Interpellant den Gemeinderat um die Beantwortung der nachstehenden Fragen:

1. Wie hoch schätzt der Gemeinderat die Zusatzkosten ein, die nach der Annahme des Gegenvorschlages für die Gemeinde Riehen ab 1. August 2024 bereits für das Budgetjahr 2024 anfallen?
2. Wie hoch werden seiner Einschätzung nach die jährlichen Kosten ausfallen, die ab 2025 für die Umsetzung des Gegenvorschlags zur Kita-Initiative notwendig sein werden?
3. Kann sich die Gemeinde mittelfristig die Zusatzkosten leisten, ohne Einschränkungen in anderen Bereichen vornehmen zu müssen?
 - a. Wenn ja, worauf stützt sich vor diesem Hintergrund die finanzpolitische Zuversicht?
 - b. Wenn nein, in welchen Bereichen kann sich der Gemeinderat vorstellen, Anpassungen am Gemeindehaushalt vorzunehmen, um für einen Ausgleich der Zusatzkosten zu sorgen?
4. Muss die Bevölkerung damit rechnen, dass wegen der Annahme des Gegenvorschlages Steuererhöhungen auf sie zukommen werden, damit ab 2025 die unter Frage 2 geschätzten Zusatzkosten ohne Einschränkung anderer Bereiche gedeckt werden können?

Der Interpellant bedankt sich für die Beantwortung seiner Fragen.



Peter Hochuli